Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf „Mehr“ klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL).

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. Gauck
2. Griechenland
3. Spanische Polizei prügelt auf Minderjährige ein
4. Das Euro-Paradox: Stabiler Außenwert trotz innerer Krise
5. Licht und Schatten im Beschäftigungssystem – Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten 20 Jahren
6. Firmen müssen Niedrigverdienern Überstunden bezahlen
7. EU-Nachbarn sichern Arbeitslose besser
8. Der Schlußstrich
9. Justiz in Deutschland: Wann Holocaustleugnung legal ist
10. FDP-Basis meutert gegen Niebel
11. Warum der Europäische Gerichtshof Acta stoppen muss
12. Störfall in französischem AKW
13. Ergänzung zu „Occupy WDR“
14. Nachtrag zu „MDR löscht Umfrage weil 77 Prozent gegen Joachim Gauck waren“
15. Fox-News feuert Journalisten, weil sie nicht lügen wollten
16. Das Letzte: Süddeutsche Zeitung: Yes, we can BILD!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gauck**
    a. **Franziska Augstein: Freiheit, wie Gauck sie versteht**
    Joachim Gauck bleibt in seinem neuen Buch inhaltlich vage: Mit der Freiheit des Menschen gehe die ethische Pflicht einher, Verantwortung zu übernehmen, lautet der Tenor. Seine Einsicht hat er mit Sätzen ausgeschmückt, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob er als der Präsident mit der schönsten Sprache in die Geschichte eingehen wird… Über seine Tätigkeit als „Dissident“ hat er wenig zu erzählen. Im Westen

denkt man, der neue Bundespräsident sei „ein Bürgerrechtler“…
Ganz in diesem Sinn lautet die Generalthese seines Buches so: Mit der Freiheit des Menschen gehe die ethische Pflicht einher, Verantwortung zu übernehmen. Nur er, nur der vielgelobte Redner, kann sich erlauben, diese ebenso wahre wie bestürzend banale Erkenntnis bedeutungsschwer zu verkünden…
Die Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre hält er für feige „Appeasementpolitik“.
Quelle: SZ

b. **Erhellendes zum Gauck’schen Verständnis von “Freiheit“**
Ein alter Artikel aus “Die Welt“ vom April 1991 ist nunmehr erstmals im Internet – zunächst in Auszügen – frei für jeden Lesewilligen verfügbar. Darin lesen wir von einem Gespräch zwischen Joachim Gauck und dem Stasi-Hauptmann Terpe im Sommer 1988.
Quelle: Lars Schall

Anmerkung WL: *Wir wollen die Tatsache, dass Gauck bei der Stasi den Decknamen „Larve“ führte nicht überbewerten. Schon gar nicht nehmen wir Formulierungen eines von der Stasi verfassten Gesprächsprotokolls als bewiesene oder unzweifelhafte Aussagen. Insofern sollte Joachim Gauck alle Möglichkeiten haben seine Sicht der Dinge darzustellen. Im Gegensatz zur nach der Wende eingerichteten Stasi-Unterlagen-Behörde wollen wir auch nicht mit irgendwelchen Schnipseln aus Stasiunterlagen eine Art „Schnitzeljagd“ gegen Menschen spielen und mit zweideutigen Formulierungen aus solchen zweifelhaften Dokumenten Verdacht schüren. Leider kann man das von dem früheren Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, Joachim Gauck, nicht ohne weiteres behaupten. Seine Behörde verfolgte mit solchen „Dokumenten“ unerbittlich etwa Manfred Stolpe oder Gregor Gysi und viele andere, was bis zu jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen führte. Gauck hat solche Methoden nicht gestoppt im Gegenteil, er hat sich zum Ankläger und Richter zugleich gemacht: „De Maizière hatte gehen müssen, obwohl viel weniger gegen ihn vorlag. Stolpe blieb, obwohl er von vielen als belasteter angesehen wurde“, schreibt er in seinen Erinnerungen „Winter im Sommer – Frühling im Herbst“*
Ich erinnere mich noch gut daran, wie 1994 als NRW-Ministerpräsident Johannes Rau gegen Roman Herzog für das Amt des Bundespräsidenten kandidierte, auch gegen den Kirchenmann Rau wochenlang aus

anonymen Quellen irgendwelche Zitate aus Stasi-Unterlagen den Medien zugesteckt wurden, indem ihm kollaborierendes Verhalten mit der Stasi vorgehalten wurde. Auch dagegen schritt Gauck nicht ein.

c. **Gauck ist die falsche Person**
Nun ist es so weit: Joachim Gauck wird Bundespräsident. Die deutsche Öffentlichkeit tut so, als hätte sie nach einigen Nieten nun das große Los gezogen. Sie behängt ihn mit Würdigungen, die er nicht verdient. Er ließ sich in München bei einer Preisverleihung mit den Geschwistern Scholl vergleichen und wurde noch nicht einmal schamrot. Er hat niemals zur DDR-Opposition gehört, deren Akteure man im heutigen Sprachgebrauch Bürgerrechtler nennt. Er verließ erst Ende 1989 die schützenden Mauern der Kirche und kam über das Neue Forum in die Volkskammer.
Aus dem Blätterwald tönt es nun: Der Bürgerrechtler Gauck. Und er reist ohne Skrupel auf diesem Ticket durch die politische Landschaft. Er ist kein Vater der protestantischen Revolution, sondern er gehört zu denen, die sie beendet haben. Endlich ist Gauck dort angekommen, wo er schon immer hin wollte – im konservativen Teil der westlichen Gesellschaft. Aber genau dieser Teil der Gesellschaft hat den Markt entfesselt. Die Konservativen haben die Geister gerufen, die ganze Länder in die Pleite treiben. In Deutschland öffnet sich die Schere zwischen den Armen und Reichen immer weiter. (…)
Laut und deutlich will ich aussprechen: Gauck ist die falsche Person. (…) Ich habe mich bisher gescheut, Joachim Gauck zu widersprechen. Nun will ich aber nicht mehr schweigen.
Quelle: Freitag

2. **Griechenland**
   a. **Maulkorb für Gewerkschaften**
   Der europäische Druck zu weiteren Sanierungsschritten in Griechenland wird immer größer. Dabei werden nicht einmal die unveräußerlichen Sicherheiten der EU-Grundrechtecharta geschont. So hat das griechische Parlament vor Kurzem die freien Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vorläufig verboten – eine Maßnahme, die in Deutschland kaum vorstellbar ist. Die Maßnahme soll dazu dienen, das Lohnniveau in der griechischen Wirtschaft insgesamt zu senken. Unter anderem die Bundesregierung drängt darauf, die Löhne zu kürzen, um die griechischen Unternehmen „wettbewerbsfähiger“ zu machen. Soll heißen: Wenn die Betriebe geringere Lohnkosten haben, können sie ihre

Produkte leichter auf dem Weltmarkt verkaufen. Dadurch nähme der griechische Staat mehr Geld ein und bräuchte weniger Kredite. Die Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds will die Löhne so lange einfrieren, bis die Arbeitslosigkeit auf 10 Prozent zurückgegangen ist.
Quelle: taz

Anmerkung Orlando Pascheit: *Da ist er wieder einmal, der Mainstream, finsterste Neoklassik: Der Preis der Arbeitskraft muss nur genügend sinken und schon wird sie nachgefragt und es herrscht bald Vollbeschäftigung, weil bei niedrigeren Reallöhnen die Produktionskosten sinken, so dass mehr produziert wird. Dazu wird mehr Arbeit gebraucht. Man muss aber auf diese fragwürdigen Zusammenhänge gar nicht eingehen, denn im Mittelpunkt der Überlegungen der Troika, steht die Auffassung, dass durch Lohnsenkung die internationale Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands gesteigert werden kann. Dazu sollte man sich aber schon einmal die konkrete Wirtschaft Griechenlands anschauen. Einem exportorientierten Wachstumsimpuls steht zunächst einmal entgegen, dass Griechenland im Gegensatz zu anderen kleinen Volkswirtschaften sehr wenig exportiert. Es hat die kleinste Exportquote der EU, d.h. es müsste zunächst einmal seine Exportbasis erweitern, welche aber grundlegend von seiner industriellen Basis abhängt. Die vorhandene verarbeitende Industrie ist aber vor allem auf den Binnenmarkt ausgerichtet. Eine Ausweitung der industriellen Basis kostet, wie die Vereinigung Deutschlands immer noch zeigt, Zeit und Geld. Die industriell hergestellten Güter (manufactured goods) machen im Falle Griechenlands laut „UNCATD Yearbook of Statistics 2011 etwa 50 Prozent der Exporte aus (Nahrungsmittel etwa 30 Prozent). Wenn diese Güter auch meist nicht in Konkurrenz zur deutschen Produktion stehen, sondern eher in einem komplementären Verhältnis stehen, so können wir aber einmal so tun, als ob dies der Fall wäre. Dabei fragen wir uns, was eine Lohnabsenkung für Griechenland in punkto Wettbewerbsfähigkeit brächte. Als erstes fällt auf, dass das Lohnniveau in Griechenland sowohl im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten als auch im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten niedrig ist, d.h. dass in der Logik der jüngsten Forderungen Griechenland bereits extrem wettbewerbsfähig ist. Aber gemach, wir haben gelernt, dass nicht der Lohn allein, sondern auch die Produktivität d.h. dann die Lohnstückkosten für die*

Wettbewerbsfähigkeit eines Landes entscheidend ist. Überraschung: die griechischen Lohnstückkosten in der verarbeitenden Industrie erreichen nur 85 Prozent der deutschen Lohnstückkosten. Die griechische Produktion müsste demnach, wenn sie denn mit den hochentwickelten Industrienationen Europas konkurrieren würde, diese überrollen. Das entscheidende Problem ist eben, dass Griechenland in seiner Produktionsstruktur noch eine teure, Zeit kostende nachholende Industrialisierung vor sich hat – wie der Osten Deutschlands seit 1990, um eine Wettbewerbsfähigkeit mit Produkten auf der Höhe der Zeit zu erreichen. – Der Auslandstourismus, ein wichtiges Standbein der griechischen Wirtschaft, sozusagen der Export von Sonnenschein, Strand und Kulturlandschaften, macht laut DIW ein Zehntel bis ein Achtel der Wertschöpfung aus, aber die Arbeitskosten spielen im Gastgewerbe Griechenlands eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Hier bringt eine weitere Absenkung wenig, da Arbeitskosten der Konkurrenz im Euroraum bis auf Portugal bereits darüber liegen. Viel wichtiger ist für den griechischen Tourismus [PDF – 1.2 MB] der Wechselkurs gegenüber Kroatien, Nordafrika, Bulgarien und der Türkei.
Die Einrichtung von Solaranlagen zwecks Produktion von Sonnenergie für Nordeuropa ist Zukunftsmusik.

b. **Schuldenschnitt-Gesetz ist fertig**
Das Gesetz für einen möglichen Zwangs-Schuldenschnitt ist in Griechenland unterwegs. Am Donnerstag soll es verabschiedet werden. Es sieht vor, dass die privaten Gläubiger zum Forderungsverzicht gezwungen werden könnten, falls die Beteiligung am freiwilligen Schuldenschnitt zu niedrig ausfallen sollte. Dies teilte das griechische Parlament in Athen mit. Die Ratingagentur Fitch sorgte unterdessen für Aufsehen und stufte Griechenland von „CCC“ auf „C“ ab – die letzte Stufe vor der Insolvenz.
Wahlverschiebung möglich
„Es wäre gut, wenn die Regierung von Lucas Papademos mehr Zeit bekäme. Die Leute müssen spüren, dass sich etwas verändert“, sagte der frühere Finanz- und jetzige Umweltminister Giorgos Papakonstantinou im Gespräch mit der deutschen Wochenzeitung „Die Zeit“.
Quelle: News.at

c. **Griechenlands Trauma der Fremdbestimmung**
Im Dezember 1893 muss der damalige Ministerpräsident Charilaos Trikoupis der Weltöffentlichkeit gestehen: Sein Land ist pleite. Zwischen

1879 und 1891 hatte Athen sechs Staatsanleihen aufgelegt. Doch das im Ausland geborgte Geld floss in einen aufgeblähten Staatsapparat, Griechenland lebte über seine Verhältnisse. „Das Geld wurde mehrheitlich nicht für Investitionen in die Wirtschaft verwendet, sondern für Staatsausgaben wie das Militär“, sagt der Ökonom Michalis Psalidopoulos, Professor an der Universität Athen und der US-amerikanischen Tufts-Universität. Nach dem Bankrott 1893 begannen Verhandlungen, die sich lange hinzogen. „Die Gläubiger waren verbittert. Es gab ein fünfjähriges Tauziehen, ob und wie Griechenland mit der Rückzahlung beginnt“, sagt Psalidopoulos. Schuld an der zähen Einigung waren Schönhärl zufolge vor allem die Deutschen. Schließlich einigten sich die Gläubigerländer mit den Griechen auf die Einrichtung einer internationalen Kontrollkommission, die aus Vertretern der ausländischen Botschaften bestand. Die Souveränität Griechenlands wurde eingeschränkt, denn die Kommission konnte direkt auf einen Teil der Steuereinnahmen zugreifen. „Die Furcht, fremdbestimmt zu werden, ist eines der großen griechischen Traumata“, sagt die Historikerin Korinna Schönhärl . Die Finanzkommission konnte zunächst nur spärliche Erfolge vorweisen. Durch Steuereinnahmen konnte sie zwar die Zinsen bezahlen und Griechenlands Schulden sogar Schritt für Schritt tilgen. Wirtschaftlich kam das Land jedoch zunächst kaum voran. Wegen der hohen Schuldendienste blieben die Investitionen aus. Was sind die Lehren aus Griechenlands Erfahrung? Für Psalidopoulos wäre ein jahrelanges Spardiktat heute keine Lösung, denn damals sei der Preis zu hoch gewesen: Unruhen, politische Instabilität, Armut und Emigration. „Es muss eine richtige Mischung aus Konsolidierung der Staatsfinanzen und Wachstum der Wirtschaft gefunden werden“, sagt er. – Für die Gläubiger allerdings zahlte sich die damalige Lösung aus: Die Kontrollkommission überwies ihnen Zins und Tilgung – bis zum Einmarsch der Deutschen im Zweiten Weltkrieg.
Quelle: FTD

d. **»Irgendwann reicht die Kraft nicht mehr«**
In Griechenland kommen viele nicht mehr ohne Hilfe von Verwandten und Freunden über die Runden. Ein Gespräch mit Katerina Nika
Quelle: junge Welt

3. **Spanische Polizei prügelt auf Minderjährige ein**
Eine Schülerdemonstration für geheizte Klassenzimmer und mehr Bücher beendet die spanische Polizei mit Schlagstöcken und Gummigeschossen. Das Land ist entsetzt.

Quelle: Die Welt

4. **Das Euro-Paradox: Stabiler Außenwert trotz innerer Krise**
   Das Krisenszenario in der Eurozone, das die Welt seit nunmehr zwei vollen Jahren in Atem hält, entfaltet sich erst – und solange – man die Mitgliedsländer als Einzelne betrachtet. Dann öffnet sich der Abgrund der Ungleichgewichte, die die finanzielle und politische Architektur des gemeinsamen Währungsraums von innen her zu sprengen drohen: Die in etwa ausgeglichene Außenbilanz der Eurozone zerfällt dann in einen riesigen und ständig weiter wachsenden Exportüberschuss Deutschlands einerseits und große Defizite der südlichen Euroländer und Frankreichs andererseits (siehe Grafik) – dies ist auch ein Abbild der ungleichen Entwicklung der Lohnstückkosten innerhalb des Euroraums im letzten Jahrzehnt.
   …Deutlich schwerer wiegt der Befund, dass die Anti-Krisenpolitik der Europäischen Regierungen und der EZB der komplexen Natur der internen Verwerfungen im gemeinsamen Währungsraum überhaupt nicht gerecht wird, wobei die undifferenzierte Verordnung von Spardiktaten ganz offenkundig die Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Euroländern immer weiter vergrößert und gleichzeitig nichts dafür tut, die finanzielle Transmission im Euroraum wieder herzustellen. Kann dieser Prozess des Auseinanderdriftens nicht schnell und entschlossen gestoppt und umgekehrt werden, wird das Vertrauen in die gemeinsame Währung schwinden und ihr Kurs spürbar weiter fallen.
   Dabei hat die Krise dieses Auseinanderdriften keineswegs erst ausgelöst, sondern sie hat diese Entwicklung akzentuiert und ins Bewusstsein der Marktakteure gebracht.
   Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung, Perspektive [PDF – 183 KB]

   Passend dazu:

   Die Spur des Geldes: Gefährliches Rennen um den ersten Platz
   Das wichtigste Thema in der ganzen Euro-Debatte ist nicht Griechenland, selbst dann nicht, wenn Griechenland aus dem Euro austritt. Es sind die Ungleichgewichte im Privatsektor. Wenn der Euro zerbrechen sollte, dann daran.
   Quelle: SPON

5. **Licht und Schatten im Beschäftigungssystem – Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den letzten 20 Jahren**

Doch längst ist nicht alles Gold, was glänzt. Denn gezählt wird nicht nur Arbeit, von der man leben kann, sondern jede Art von Job, seien es Ein-Euro-Jobs oder sozialversicherte Vollzeitbeschäftigung bzw. Mini-Jobs, die am Schicksal der Arbeitslosigkeit möglicherweise nichts ändern oder der Niedriglohnjob, der nicht aus Hartz IV herausführt. Der Rekord bei der Erwerbstätigkeit wird überinterpretiert, da er insbesondere auf die gestiegene Zahl von Kleinstarbeitsverhältnissen und prekärer Beschäftigung zurück zu führen ist… So blieb das von allen geleistete gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen deutlich hinter dem Anstieg der Erwerbstätigenzahl zurück. Auch 2011 war es noch niedriger als in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Ein niedrigeres Arbeitsvolumen wurde demzufolge auf mehr Schultern verteilt.

Quelle: DGB arbeitsmarkt aktuell 02/Februar 2012 [PDF – 610 KB]

Anmerkung WL: *Interessante Daten und Grafiken.*

6. **Firmen müssen Niedrigverdienern Überstunden bezahlen**
   Wer wenig verdient und viele Überstunden macht, hat ein Anrecht auf deren Vergütung. Das Bundesarbeitsgericht hat einem Lagerleiter die Bezahlung seiner Mehrarbeit zugesprochen. Der Mann sammelte 968 Überstunden an.
   Quelle: SPON
7. **EU-Nachbarn sichern Arbeitslose besser**
   Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld wird in Deutschland nur relativ kurze Zeit gezahlt. Deshalb sind Arbeitslose hierzulande stärker von Armut bedroht als in anderen europäischen Staaten.
   In der Bundesrepublik liegt das Einkommen von 70 Prozent der Menschen ohne Job unterhalb der Armutsgrenze. Im EU-Durchschnitt beträgt die Quote dagegen lediglich 45
   Prozent. Das zeigen die aktuellsten vorliegenden Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat aus dem Jahr 2010, die WSI-Sozialexperte Eric Seils aufbereitet hat. Als armutsgefährdet
   gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens hat. In Deutschland verläuft diese Schwelle bei 940 Euro im Monat für einen Alleinstehenden.
   Quelle: Böckler Impuls 2/2012 [PDF – 230 KB]
8. **Der Schlußstrich**

Zentrale Gedenkveranstaltung für die Opfer der neofaschistische Mordserie im Berliner Konzerthaus. DGB und Arbeitgeberverband rufen zu einer Schweigeminute um 12 Uhr auf
Quelle: junge Welt

9. **Justiz in Deutschland: Wann Holocaustleugnung legal ist**
   Ein Neonazi leugnet den Holocaust und wird in drei Instanzen wegen Volksverhetzung verurteilt. Das Bundesverfassungsgericht hebt diese Verurteilung wieder auf. Der Mann dürfe sich auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit berufen, erklären die Richter. Eine Entscheidung, die verwundert und befremdet.
   Quelle: SZ
10. **FDP-Basis meutert gegen Niebel**
    Entwicklungsminister Dirk Niebel gerät wegen seiner Personalpolitik jetzt auch intern in die Kritik. Der FDP-Politiker hatte einer Parteifreundin einen Job besorgt – so sieht es die empörte Basis. Manche Liberale legen aus Protest ihre Ämter nieder.
    Quelle: SPON

    Kommentar unseres Lesers H.H.: *Schon die ersten Zeilen des Artikels muten etwas seltsam an. Da wird von einer angeblich erarbeiteten Reputation gesprochen, die Niebel nun verspielen würde. Dabei wurde und wird immer wieder die Personalpolitik Niebels thematisiert. Wenn der Minister seine Hauptaufgabe genau so ernst nehmen würde wie das Besetzen freier Stellern mit FDP-Parteigängern, bräuchte sich Herr Döring um die Reputation keine Gedanken machen.*

11. **Warum der Europäische Gerichtshof Acta stoppen muss**
    Die EU-Kommission hat dem Europäischen Gerichtshof Acta zur Überprüfung vorgelegt. Nun muss das Gericht sich bewähren und das Abkommen stoppen – denn hinter dem Vertrag gegen Produkt- und Markenpiraterie lauert eine EU-Richtlinie, die wirklich gefährlich ist. In ihr wird wahr, was die Netzgemeinde fürchtet.
    Quelle: SZ
12. **Störfall in französischem AKW**
    Ein Reaktorblock des AKW Cattenom in der Nähe der deutschen Grenze wurde abgeschaltet. Der technische Defekt ist bereits das 750te sicherheitsrelevante Ereignis seit der Inbetriebnahme.
    Quelle: taz

13. **Ergänzung zu „Occupy WDR“**
In einem Betrag von Erika Fuchs berichteten wir gestern u.a. über die Reduzierung des Kulturprogramms im WDR-Hörfunksender WDR 3.
Dazu haben wir ergänzende Informationen erhalten. (Wir bitten um Verständnis, dass wir die Anonymität wahren.)
    1. Abgeschafft werden soll die schon länger auf acht Minuten gekürzte politische Berichterstattung der „Journale“.
    2. Abgeschafft werden die „Resonanzen“ in der jetzigen Form – ein Sendeplatz, der als Schnittstelle zwischen Politik und Kultur definiert war, was ein großes und immer wieder überraschendes Spektrum an Themen möglich machte…
    3. Abgeschafft werden die sonntäglichen „Resonanzen weltweit“, die einst als eine Art „Radioweltspiegel“ gedacht waren – damit fallen auch die spannenden und in einer globalisierten Welt notwendigen Blicke in andere Länder und Kulturen weg.
    4. Verändert werden soll offenbar die bisher monothematische Literatursendung „Gutenbergs Welt“ – hin zu einem üblichen Literaturmagazin.
    5. Erneut wird ein Stunden-Feature-Platz abgeschafft, dieses Mal der Sendeplatz am Sonntagnachmittag, den sich bisher das Musikfeature (3/4) und das Literaturfeature (1/4) teilen…Der frei gewordene Sendeplatz am Sonntag ist nun übrigens für Feature-Wiederholungen vorgesehen.

    Quelle: Stellungnahme [PDF – 135 KB]

14. **Nachtrag zu „MDR löscht Umfrage weil 77 Prozent gegen Joachim Gauck waren“**
In den Hinweisen von gestern wiesen wir auf Bundesblog . Dort wird kritisiert, dass der MDR eine Abstimmung zurückzog, weil die Abstimmung deutlich zu ungunsten von Joachim Gauck verlief.

    Dazu erklärt der MDR:
    MDR zieht manipuliertes Voting zurück
    Es war als Stimmungsbild im Internet gedacht und sorgt nun für Aufregung und Verärgerung bei den Nutzern des MDR-Internet-Angebotes. Nach einer technischen Manipulation des Votings „Ist Joachim Gauck der Richtige für das Amt des Bundespräsidenten“ hat sich die MDR-Online-Redaktion am Montagabend entschieden, das Voting zu schließen und von der Seite zu nehmen.

Tausende Klicks in wenigen Minuten
Auslöser hierfür war eine offensichtliche technische Manipulation, durch die das Abstimmungsergebnis innerhalb von Minuten drastisch verändert wurde. Der amtierende Redaktionsleiter Holger Hentze sagte, nach 18 Uhr habe es innerhalb weniger Minuten Tausende Zugriffe gegeben. Dies sei äußerst auffällig und lasse darauf schließen, dass hier jemand technisch manipuliert habe.
Zuvor hatten sich Gauck-Befürworter und Gauck-Gegner nahezu die Waage gehalten. Danach kippte das Abstimmungsergebnis innerhalb von Minuten. Die Stimmen der Gauck-Befürworter stagnierten bei 841 und die der Gauck-Gegner explodierten geradezu und summierten sich auf 3.324. Daraufhin entschloss sich die Redaktion, wie in solchen Fällen üblich, das manipulierte Voting zu schließen und von der Seite zu nehmen.
Quelle: MDR

Anmerkung WL: *Wir können natürlich nicht überprüfen, ob die Begründung des MDR zutreffend ist, aber wir wollten sie korrekterweise erwähnen. Wie unser C.F. sind wir allerdings der Meinung, dass es absolut falsch war, die Abstimmungsseite kommentarlos zu löschen. Das ist ein ziemlich dilettantisches Verhalten des Senders.*

15. **Fox-News feuert Journalisten, weil sie nicht lügen wollten**
Fox-News Reporter entlarven die Gesundheitsgefahren, die von einem Monsanto-Futterzusatz für Milchkühe ausgehen. Nachdem die Reporter sich geweigert hatten, die Vorwürfe gegen Monsanto zu entschärfen, wurden sie gefeuert. Die Reporter gehen dann an die Öffentlichkeit.
Quelle: Bundesblog

Anmerkung unseres Lesers M.W.: *Whistle Blower Status nach Florida Recht vom Gericht verweigert, weil Lügen als Journalist nicht gegen das Gesetz ist, so heißt es am Schluß des Beitrags.*

Beim Lügenjournalismus lässt sich die Süddeutsche nicht lumpen:

16. **Das Letzte: Süddeutsche Zeitung: Yes, we can BILD!**

Liebe Süddeutsche Zeitung!

Dass Ihr lieben Medien-Profis ab und an mal schwere Aussetzer in Sachen Realitätswahrnehmung habt, ist ja hinlänglich bekannt. Dass sich die oftmals als “altehrwürdig” bezeichnete Süddeutsche Zeitung aber mittlerweile auf das Niveau des trashigen Boulevard-Blättchens mit den vier Buchstaben herab begibt, enttäuscht dann doch ein wenig!
Auf Seite 2 der heutigen Printausgabe präsentiert Ihr uns einen reich bebilderten Artikel zu Griechenland. In der Bildunterschrift erläutert Ihr uns, dass es ja nicht jeden Tag geschehe, dass einem Land Schulden erlassen werden und Milliardenkredite gewährt werden. Und dann verklickert Ihr uns doch allen Ernstes, die Abgebildeten würden sich bei Europa für diese Gaben bedanken!
Liebe Süddeutsche, wir verstehen ja: Karneval hinterlässt auch in den Redaktionsstuben Spuren und jenseits der 3,4 Promille ist es nicht immer einfach, die Wirklichkeit halbwegs unvernebelt wahrzunehmen. Dennoch die freundliche Frage: Sagt mal, wollt Ihr uns Leser eigentlich verarschen???
Die von Euch gezeigten Fotos zeigen keinesfalls “Jubelgriechen”, die sich bei Europa für die einschneidenden und ihre Arbeitsplätze und Lebensperspektiven dezimierenden “Hilfsmaßnahmen” der sogenannten Troika bedanken. Ganz im Gegenteil bedanken sich die Abgebildeten bei den Europäern, die in Solidarität mit der griechischen Bevölkerung überall in Europa ihren Protest gegen die Maßnahmen der Politik in Sachen Griechenland auf die Straße getragen haben. Die “dankbaren Jubelgriechen” sind also nicht mehr als eine Leser_innen-Manipulation erster Güte – “Qualitätsjournalismus” geht anders!
Für die, die sich nicht verblöden lassen möchten, hier ein Video, welches die in der SZ verwendeten Bilder in ihren Originalkontext stellt.
Quelle: Frank Kopperschläger